


EDITORIAL
EDITORIAL

Die vergangenen Wochen und Monate haben ein einzigartiges Interesse an der Europapolitik und der Arbeitsweise der europäischen Institutionen ausgelöst. Die Umstände waren keineswegs erfreulich und das Wort von der europäischen Krise machte sich breit. Die Chinesen verwenden das gleiche Schriftzeichen für den Begriff der Krise und den Begriff der Chance. So gewendet erscheint die Korruptionskrise der EU als eine Konstitutionsbildungschance. Die Europäische Union befindet sich inmitten eines Verfassungsbildungsprozesses, ohne es so zu nennen, gelegentlich auch ohne es zu erkennen oder erkennen zu wollen. Tatsächlich geht es darum, das Gefüge der Institutionen in Europa an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen. Sowohl in Bezug auf das Zusammenwirken zwischen der lokalen, der regionalen, der nationalen und der europäischen Ebene, als auch in Bezug auf das föderale Zusammenwirken der unterschiedlichen Akteure auf der Ebene der EU bedarf es einer klar präzisierten Kompetenzordnung. Festgelegt werden müssen Aufgaben und Mandate, die es ermöglichen, in der europäischen Politik aller Ebenen den Sinn für das Prinzip der Rechenschaftspflichtigkeit zu stärken, das zentrale Grundprinzip demokratischer Legitimität. Eine europäische Verfassung wird nicht im „Big-Bang-Verfahren“ geschaffen werden können, aber auf die Dauer wird sie die unvermeidliche Folge der neuen europapolitischen Wirklichkeit und der an sie gerichteten Anforderungen sein, damit das Gefüge der Institutionen konsistent und ihr Verhalten glaubwürdig sein können. Im Vorfeld der nächsten anstehenden Regierungskonferenz wird das ZEI seinen Beitrag dazu leisten, die Verfassungsdiskussion weiterzudenken und ihr zuzuarbeiten.



Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

Mitgliedstaatlicher Regulierungswettbewerb

Neuer Forschungsschwerpunkt am ZEI

von Christian Koenig

Das Zentrum für Europäische Integrationsforschung hat seit kurzem unter der Leitung der Direktoren Jürgen von Hagen und Christian Koenig einen neuen Arbeitsschwerpunkt zur Erforschung des Regulierungswettbewerbs (Systemwettbewerb) zwischen den EU-Mitgliedstaaten eingerichtet. Der Regulierungswettbewerb findet auf einem Ordnungsmarkt öffentlicher Steuer-Leistungs-Pakete statt, auf dem die Mitgliedstaaten um die Ansiedlung von Arbeit, Kapital und unternehmerische Innovation buhlen. Auf diesem von der EU bisher nicht regulierten Ordnungsmarkt erweisen sich unterschiedliche Steuer-, Abgaben- oder anderweitige Regulierungslasten zwischen den Mitgliedstaaten als differenzierte Beitrittspreisangebote für verschiedene öffentlich-rechtlich organisierte Clubmitgliedschaften. Eine Kompetenzübertragung von der mitgliedstaatlichen auf die supranationale Ebene kann dabei als Ergebnis eines Jurisdiktionswettbewerbs um die effizienteste Bereitstellung kollektiver Problemlösungen verstanden werden. Danach entstehen erst im Systemwettbewerb supranationale oder föderale Jurisdiktionen und zwar von unten nach oben auf der Suche nach der effizientesten kollektiven Problemlösungsebene („Bottom-up-Ansatz“). Das gilt vor allem für die supranationale Harmonisierung, die als hoheitliches Regulierungs- und Ordnungskartell der Mitgliedstaaten im Ministerrat Mobilitätsanreize für diejenigen Binnenmarktteilnehmer reduziert, die sich ohne Harmonisierung in einen anderen Mitgliedstaat mit für sie günstigeren Regulierungen bewegen würden. Nach der „Bottom-up-Logik“ bedarf Harmonisierung jedenfalls in Bezug auf mobile Binnenmarktteilnehmer der rechtfertigenden Darlegung eines Systemwettbewerbsversagens.

DIE FRAGE DER BEIHILFENKONTROLLEN

Wie sehr der mitgliedstaatliche Systemwettbewerb sogar festgefügte Regeln des geltenden EU-Wettbewerbsrechts in Frage stellt, kann am Beispiel der Beihilfenkontrolle illustriert werden. Der Regulierungswettbewerb lebt gerade davon, daß die Mitgliedstaaten ihren Standort im Verhältnis zu anderen Standorten für die Ansiedlung von Unternehmen attraktiver gestalten. Künstlich herbeigeführte Unterschiede in den Wettbewerbsbedingungen zwischen Mitgliedstaaten bilden eine Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des Systemwettbewerbs. Sind die Mitgliedstaaten Anbieter sogenannter Steuer-Leistungs-Pakete in einem bisher vernachlässigten Binnenmarkt kollektiver Problemlösungen und die Unternehmen Nachfrager, so können Beihilfen als Preisnachlässe (Rabatte) verstanden werden, welche die Anbieter (Mitgliedstaaten) den Nachfragern (Unternehmen) gewähren. Dann aber wäre es zumindest konsequent, wenn Beihilfen als Rabatte gegenüber dem Normalpreis (Normalbesteuerung) auf diesem Binnenmarkt für Standorte zwischen Anbietern und Nachfragern verhandelt werden könnten. Eine Beihilfenkontrolle (Rabattkontrolle) müßte sich ähnlich wie auf Gütermärkten gegen unfaire (Dumping-) Praktiken richten. Ein kategorisches Beihilfenverbot (Rabattverbot) könnte den Preiswettbewerb zwischen unterschiedlichen Standortangeboten der Mitgliedstaaten verhindern und langfristig überhöhte Standortpreise (Steuern) verfestigen.

Der mitgliedstaatliche Regulierungswettbewerb muß in Zukunft in die Gestaltung europäischer Integrationsregeln, insbesondere der EG-Wettbewerbsordnung, einbezogen werden. Auch bisher nicht in Frage gestellte Binnenmarktaxiome müssen



Christian Koenig

Foto: ZEI

dabei auf den Prüfstand gestellt werden. Ziel der Forschung ist die Entwicklung von „Modellregeln“, die den Zwei-Ebenen-Wettbewerb zwischen mitgliedstaatlichen Jurisdiktionen und Unternehmen einerseits sowie den „Bottom-up-Wettbewerb“ zwischen mitgliedstaatlicher Regulierung und supranationalem Handeln (insbesondere Harmonisierung) andererseits sozialverträglich aufeinander abstimmen.

Prof. Dr. Christian Koenig ist Direktor am ZEI und Leiter der Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“.

Schwerpunkte der Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“ am ZEI

Zum 1. April 1999 übernahm Professor Dr. Christian Koenig die Leitung der Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“ am ZEI. Damit wurde die dritte und letzte Abteilung des Zentrums für Europäische Integrationsforschung besetzt. Professor Koenig war zuvor ordentlicher Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Philipps-Universität in Marburg.

Unter seiner Leitung wird sich die Abteilung in erster Linie mit den rechtlichen Bedingungen des Europäischen Integrationsprozesses befassen. Die Forschungsschwerpunkte sollen dabei durch drei eng zusammenarbeitende Forschungsprojektgruppen realisiert werden:

- Die Forschungsprojektgruppe 1 befaßt sich mit den Institutionen, Verfahren und Prinzipien der Europäischen Integration, dem Prozeßrecht vor dem Europäischen Gerichtshof, mit den politischen, rechtlichen und institutionellen Integrationsbedingungen für eine erfolgreiche Osterweiterung sowie

mit neuen Maßstäben zur Konkretisierung des Subsidiaritätsgrundsatzes.

- Die Forschungsprojektgruppe 2 konzentriert sich auf die Europäische Regulierung der Telekommunikation und der Neuen Medien mit dem Ziel, sektorenspezifische Integrationsregeln für einen mitgliedstaatlichen Systemwettbewerb zu erarbeiten.
- Die Forschungsprojektgruppe 3 arbeitet hauptsächlich im Bereich der EG-rechtlichen Mechanismen zur Regulierung der „life sciences“, insbesondere im Rahmen der Arzneimittelzulassungsverfahren, Aufsichtsverfahren in der Gentechnik sowie der Telemedizin.

Eine enge Zusammenarbeit der Forschungsprojektgruppen in der Entwicklung der sektorenübergreifenden Regeln soll sicherstellen, daß supranationales Handeln (insbesondere Harmonisierung) und mitgliedstaatlicher Systemwettbewerb optimal aufeinander abgestimmt werden.

Der Transformationsprozeß in Osteuropa aus Sicht der Betroffenen

Die Reformen in Osteuropa bringen teilweise tiefgreifende Veränderungen für die Menschen mit sich. Eine am ZEI angefertigte Analyse beschäftigt sich mit der „Zufriedenheit“ der Bevölkerung mit den Reformen

von Bernd Hayo

Die Transformation des wirtschaftlichen und politischen Systems in Osteuropa geht in den betreffenden Ländern mit unterschiedlicher Geschwindigkeit voran. Einige Länder, wie Polen, Ungarn oder die Tschechische Republik, haben sich in vieler Hinsicht an die westlichen Länder angenähert, während in Kasachstan, Weißrußland oder Albanien viele Reformen noch nicht einmal angegangen wurden.

Angesichts der tiefgreifenden Veränderungen, die viele der Reformen mit sich bringen, erscheint es unverzichtbar, eine ausreichende Zufriedenheit in der Bevölkerung über den Fortschritt der Reformen sicherzustellen. Die Situation der betroffenen Bevölkerungen ist jedoch alles andere als einfach. Sie sind nicht auf einen Zeitenwandel vorbereitet worden, der eine schnelle Änderung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen, eine grundlegende Veränderung des Alltags und zunehmende Unsicherheit über die Zukunft mit sich bringt.

Es ist daher interessant und wichtig, mehr über die Einstellung der Bevölkerung zum Transformationsprozeß herauszufinden. Für die komparative Forschung gibt es die Möglichkeit, Umfragedaten zu nutzen, die von der EU-Kommission in einem regelmäßigen Turnus in vielen osteuropäischen Ländern ge-

sammelt werden. Einige der Fragen sind konsistent über eine Reihe von Jahren erhoben worden und erlauben das Studium der Einstellungsveränderungen über die Zeit. Wenn man die Daten über bis zu 21 Länder und bis zu 7 Jahren (1990-96) zusammenfügt, ergibt sich ein riesiger Datensatz mit über 100.000 Befragten.

Eine der erhobenen Fragen lautete: „Entwickelt sich unser Land in die richtige Richtung?“. Die durchschnittlichen Antworten für die untersuchten Länder werden über den Zeitablauf in Abbildung 1 dargestellt. Ein durchschnittlicher Wert über (unter) der Nulllinie bedeutet dabei, daß eine Mehrheit in der Bevölkerung denkt, daß sich das jeweilige Land in die richtige (falsche) Richtung entwickelt.

Es wird deutlich, daß einige Länder hinsichtlich der durchschnittlichen Antworten stark voneinander differieren. Aus dem ersten Diagramm ist beispielsweise ersichtlich, daß die Befragten in Albanien sehr positiv gestimmt sind, dagegen äußern sie sich in der Ukraine oder Armenien sehr viel unzufriedener. In einigen Fällen, z.B. Estland, ist

die zeitliche Entwicklung flach, während beispielsweise in Polen sichtbare Schwankungen auftreten.

Ähnliche Entwicklungen lassen sich auch skizzieren, wenn die Antworten auf Fragen nach der „Zufriedenheit mit der Demokratieentwicklung“ nach der „Veränderung der finanziellen Situation des Haushalts“ und der „Erwartung für die finanzielle Situation im nächsten Jahr“ herangezogen werden. Dies legt den Schluß nahe, daß die Antworten auf diese Fragen, die eigentlich unterschiedliche Dimensionen des Transformationsprozesses ansprechen, sich von einer grundlegenden Einstellung der Leute ableiten lassen. Dies nennt man einen „Faktor“, der hier als „Allgemeine Zufriedenheit mit der Transformation“ bezeichnet werden kann.

Interessant ist dann die Analyse der Determinanten, welche die Einstellung der Bevölkerungen zur Transformation beeinflussen. Diese Frage wird durch eine statistische Analyse angegangen, die es ermöglicht, mehrere Variablen auf ihren Einfluß hin zu testen. Zur Verfügung stehen hier neben der Unterscheidung der Antworten nach den jeweiligen Ländern und Jahren, das Alter der Befragten, ihr Geschlecht, ihre Ausbildung und ihre relative Einkommenssituation.

Ältere Menschen sind, was die Ergebnisse der Transformation angeht, eher skeptisch, wobei Befragte mit einem Alter von ca. 50 Jahren am unzufriedensten sind. Gerade diese Gruppe ist aber, wie z.B. Studien des Arbeitsmarktes zeigen, durch die transformationsbedingten Veränderungen am stärksten betroffen. Die Mitglieder dieser Altersgruppe sind zu alt, um sich noch einfach umzustellen, und zu jung, um in den Ruhestand zu gehen.

Warum Frauen unzufriedener sind als Männer, ist nicht völlig klar. Allerdings sind sie beispielsweise durch die Streichung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder der Verringerung des Zwangs zur geschlechtsneutralen Behandlung auf dem Arbeitsmarkt stärker betroffen als ihre männlichen Kollegen.

Besser ausgebildete Leute sind positiver eingestellt. Sie können besser einschätzen, daß die Übernahme eines anderen Politik- und Wirtschaftssystems mit Friktionen verbunden ist und es Zeit braucht, bis sich sichtbare Erfolge einstellen. Darüber hinaus zeigt sich, daß eine gute Ausbildung unter marktwirtschaftlichen Bedingungen eine relativ bessere Bezahlung impliziert als im alten planwirtschaftlichen System.

Schließlich sind die Befragten mit einem relativ hohen Einkommen eher mit der Entwicklung zufrieden. Dieses Ergebnis kann kaum überraschen, denn diese Leute haben entweder bereits vom neuen System profitiert oder haben zumindest keine signifikanten Einbußen erlitten.

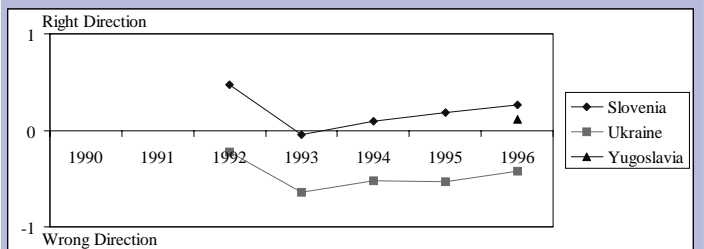
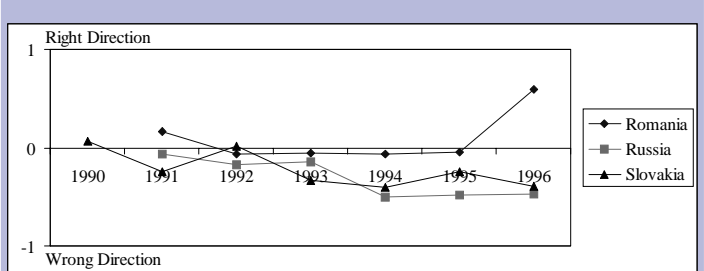
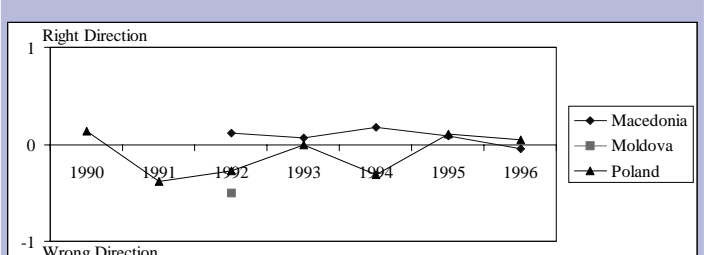
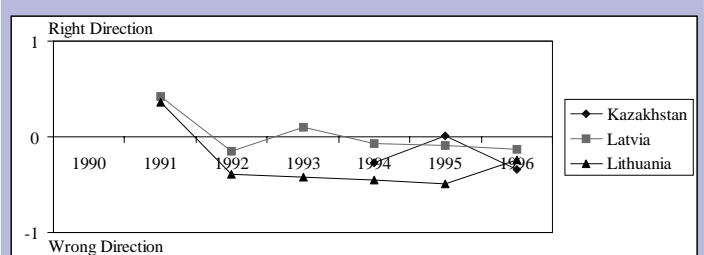
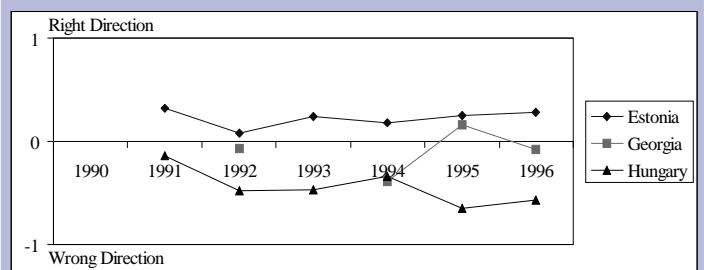
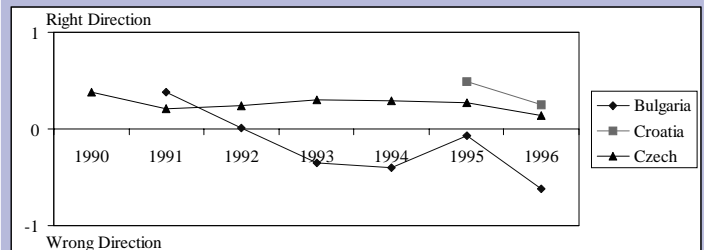
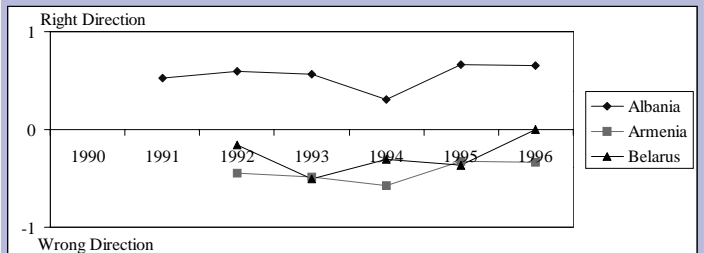
Was den Ländervergleich angeht, nachdem der Einfluß der sozio-demographischen Variablen berücksichtigt wurde, so sind die Befragten in Albanien, den Teilrepubliken des früheren Jugoslawien und der Tschechischen Republik besonders zufrieden, während die Leute in Ungarn, der Ukraine, Rußland und Armenien besonders unzufrieden sind. Dies unterstreicht, daß die Messung der Transformationszufriedenheit subjektiv und daher nicht mit den „tatsächlichen“ Fortschritten bei der Umgestaltung gleichzusetzen ist. Vielmehr spielt der Vergleich der persönlichen Erwartungen mit den Ergebnissen eine entscheidende Rolle bei der Beantwortung der Fragen.

Die Analyse der Resultate für die Zeitvariablen deutet schließlich auf eine U-förmige Entwicklung hin. Am Anfang des Transformationsprozesses zeigte sich eher Zufriedenheit bei den Befragten, bis 1994 dann zunehmende Ernüchterung einsetzte, gefolgt von einem erneuten Anstieg. Es bleibt abzuwarten, ob diese Entwicklung sich fortsetzt oder ob es in der Zukunft wieder zu einer niedrigeren Bewertung kommt.



Dr. Bernd Hayo ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Fragen“ am ZEI.

Abb.1: „Entwickelt sich unser Land in die richtige Richtung?“



NEUE PUBLIKATIONEN

ZEI POLICY/WORKING PAPER-REIHE:

B 99-01

Robert B.H. Hauswald: The Excess Volatility of Foreign Exchange Rates: Statistical Puzzle or Theoretical Artifact?

B 99-02

Rafael Di Tella und Robert MacCulloch: The Consequences of Labour Market Flexibility: Panel Evidence Based on Survey Data

B 99-03

Rafael Di Tella, Robert MacCulloch und Andrew Oswald: The Macroeconomics of Happiness

B 99-04

Christian Weller: The Finance-Investment Link in a Transition Economy: Evidence for Poland from Panel Data

B 99-05

Jürgen von Hagen und Rolf Strauch: Tumbling Giant: Germany's Experience with the Maastricht Fiscal Criteria

B 99-06

Christopher M. Cornwell und Jens-Uwe Wächter: Productivity Convergence and Economic Growth: A Frontier Production Function Approach

B 99-07

Christopher M. Cornwell und Jens-Uwe Wächter: Comovement and Catch-Up in Productivity Across Sectors: Evidence from the OECD

ZEI DISCUSSION PAPER-REIHE:

C 35 1999

Günter Verheugen: Germany and the EU Council Presidency

C 36 1999

Friedbert Pflüger: Europas globale Verantwortung – Die Selbstbehauptung der alten Welt

C 37 1999

José María Gil-Robles: Der Vertrag von Amsterdam: Herausforderung für die Europäische Union

C 38 1999

Peter Wittschorek: Präsidentenwahlen in Kasachstan 1999

C 39 1999

Anatolij Ponomarenko: Die europäische Orientierung der Ukraine

C 40 1999

Eduard Kukan: The Slovak Republic on its Way into the European Union

C 41 1999

Ludger Kühnhardt: Europa auf der Suche nach einer neuen geistigen Gestalt

C 42 1999

Simon Green: Ausländer, Einbürgerung und Integration: Zukunftsperspektive der europäischen Unionsbürgerschaft?

Die Publikationen sind kostenlos erhältlich und können telefonisch über die Nummern 0228/73-9218 (Reihe B) bzw. 0228/73-1880 (Reihe C) angefordert werden.

Eine Liste aller bislang erschienenen ZEI-Publikationen finden Sie im Internet unter <http://www.zei.de>.

Ausländer, Einbürgerung und Integration

Mit den Perspektiven einer europäischen Unionsbürgerschaft beschäftigt sich Simon Green, Universität Portsmouth, in dem ZEI Discussion Paper C42. Seit 1945 ist die ethnische Zusammensetzung vieler europäischer Staaten aufgrund von Einwanderung grundlegend verändert worden, was in vielen Fällen zwangsläufig zu einer Neudefinition des nationalen Selbstverständnisses geführt hat, das, trotz verschiedenster Traditionen, allmählich konvergiert. Dieser Trend wird durch die in Ansätzen supranationale europäische Unionsbürgerschaft ergänzt. Der Autor spricht dabei folgende Fragen an: Inwiefern sollte die Unionsbürgerschaft nationalstaatliche Staatsbürgerschaften ersetzen? Wenn ja, welchen Inhalt sollte sie haben? Wie kann ein einheitliches Staatsbürgerschaftsrecht jemals die heterogenen Traditionen der Mitgliedsstaaten ausreichend widerspiegeln?

Constituting the European Union: Integration Dynamics and Magnetic Effects

von Jürgen Elvert

Am 12. März 1999 trafen sich am ZEI die Mitarbeiter des Forschungsprojekts „Constituting the European Union: Integration Dynamics and Magnetic Effects“ zu einer abschließenden Sitzung über das Arbeitsprogramm. Bis 2002 soll die Untersuchung der von der EWG/EG erzeugten Integrationsdynamik und der magnetischen Effekte, die dem dreistufigen Erweiterungsprozess zugrunde lagen, abgeschlossen sein. Untersucht werden die Wirkungen und Effekte in Längs- und Querschnitten auf verschiedenen Wirkungsfeldern, so den politischen und Rechtssystemen, der Wirtschaft und Gesellschaft sowie der Erziehung und Kultur. Daneben wird auch die Wirkung der Erweiterung auf die EWG-Kernländer zu prüfen sein. Dabei wird sich das Projekt auf die Mitarbeit von 85 Sachverständigen aus den verschiedenen Gebieten in den Beitrittsstaaten stützen können. Deren Beiträge bilden zum einen die Grundlage für die neun nationalen Fallstudien, die in Form eines für die rasche Informationsbeschaffung geeigneten Erweiterungsberichts vorgelegt werden. Sie werden darüber hinaus aber auch in einer für wissenschaftliche und Forschungszwecke geeigneten Form ungekürzt veröffentlicht werden. ■

PD Dr. Jürgen Elvert (Universität Kiel) ist Senior Fellow am ZEI und koordiniert das Forschungsprojekt in Zusammenarbeit mit der Universität Kiel und dem Centre for European Studies der Universität Limerick.

Parlamentsforum zur EU-Erweiterung - Ein neues ZEI - Projekt

Mit dem Ziel, die Rolle der Parlamente der neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa und in Zypern im Prozeß der Erweiterung der Europäischen Union zu stärken, hat das ZEI das „Parlamentsforum zur EU-Erweiterung“ ins Leben gerufen.

von Holger Gleich

Das Parlamentsforum zur EU-Erweiterung bringt die Vorsitzenden oder die stellvertretenden Vorsitzenden der parlamentarischen Europaausschüsse aller elf Beitrittskandidatenländer, Parlamentarier und Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft der EU Länder sowie Repräsentanten von EU-Institu-

tionen zusammen. Ziel ist es, den regelmäßigen Dialog und Austausch von Erfahrungen unter den Abgeordneten der Parlamente zu verschiedenen Aspekten des Beitrittsprozesses zu ermöglichen. Das Forum trifft sich in Abständen von acht bis neun Monaten in Bonn.

Beim ersten Treffen am 6. und 7. April stellte der Generaldirektor der Task Force für die Beitrittsverhandlungen der Europäischen Kommission, Nikolaus van der Pas, den aktuellen Stand der Verhandlungen zwischen der EU und den Kandidatenländern vor. In einer offenen und lebhaften Debatte legten die Abgeordneten der Beitrittskandidatenländer, die begleitet wurden von den Botschaftern ihrer Länder, ihre Sichtweisen und Meinungen zum Beitrittsprozeß dar und berichteten über die Erfahrungen ihrer Län-

der im Erweiterungsprozeß. Im Anschluß daran gab Botschafter Petri Salolainen, der ehemalige Leiter der Verhandlungsdelegation für die finnische EU-Mitgliedschaft, informative Einblicke in den Beitrittsprozeß Finnlands. Staatssekretär Hans-Friedrich von Ploetz, Auswärtiges Amt, hielt eine Ansprache über die deutsche EU Ratspräsidentschaft und ihre Auswirkungen auf den Erweiterungsprozeß.

Am zweiten Tag befaßte sich das Forum mit der Regulierung der Telekommunikationsmärkte in der EU. Prof. Christian Koenig leitete die allgemeine Diskussion mit einem Überblick über die Thematik und einer Darstellung der Probleme der Regulierung von Telekommunikationsmärkten ein. Experten aus der Wirtschaft präsentierten in der Debatte ihre Sichtweise zu dem Thema.

Das nächste Treffen des Parlamentsforum zur EU Erweiterung soll nach dem EU-Gipfeltreffen in Helsinki stattfinden.

Holger Gleich ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Fragen“ am ZEI.

OSZE äußert Bedenken über Präsidentenwahlen in Kasachstan

von Peter Wittschorek

An einer der vielfältigsten Schnittstellen zwischen Europa und Asien rückt die vom Kaspischen Meer, der Russischen Föderation, China und mehreren zentralasiatischen Republiken umgebene Republik Kasachstan zunehmend in das Interesse westlicher Forscher und Politiker. Die politische, ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung Kasachstans seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Unabhängigkeit der Republik anfangs der 90er Jahre zeigt wichtige Tendenzen für den gesamten Raum mit einem ungeheuren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Potential auf.

Der Prozeß der Demokratisierung dieses Landes galt über mehrere Jahre als beispielhaft für andere Transformationsstaaten, wofür vor allem dem Präsidenten Nursultan Nasarbajew weltweit Anerkennung ausgesprochen wurde. Dieser Trend wurde jedoch in der jüngsten Zeit durch mehrere Entwicklungen beendet – von der durch ein Plebiszit verlängerten Amtszeit Nasarbajews und der Einrichtung eines mit einer außerordentlich unbedeutenden Rolle versehenen Parlaments 1995 bis hin zu den jüngsten, überraschend vorgezogenen Präsidentenwahlen am 10. Januar 1999. Vor allem unter dem Hinweis auf die durchaus berechtigte Sorge um die wirtschaftliche, soziale und ethnische Stabilität wurde durch solche Schritte inzwischen ein System mit autoritären Zügen etabliert.

Dieses wurde nun durch das Ergebnis der Präsidentenwahlen, die Nasarbajew ungefährdet mit 81,7 % (bei einer Wahlbeteiligung von 86,2 %) für sich gewinnen konnte, weiter gefestigt. Für die internationalen Beobachter, die vor allem im Rahmen der „Election Assessment Mission“ der OSZE und einer Untersuchung des von der Europäischen Kommission unterstützten Europäischen Medieninstituts (EMI) die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen begleiteten, gab es keine Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieses Ergebnisses selbst. Allerdings mußten sie eine erdrückende Dominanz des Kandidaten Nasarbajew in der Vorbereitungszeit der Wahlen konstatieren und kamen zu dem Ergebnis, daß einige der äußeren Umstände, wie der kurzfristig angesetzte Termin, die Nichtzulassung einiger Kandidaten sowie die Medienpräsenz des Amtsinhabers schwerwiegende Bedenken an der generellen Vereinbarkeit des gesamten Wahlprozesses mit den demokratischen Regeln rechtfertigen.



Professor Dr. Anatoly Mikhailov (rechts), European Humanities University, Minsk, sprach am 26. Januar 1999 im Rahmen des ZEI Europadialogs zum Thema „Demokratie und Kultur: Wohin trieb die ehemalige Sowjetunion?“
Foto: ZEI

ses mit den demokratischen Regeln rechtfertigen.

Ihre Bewertungen wurden in den Abschlußberichten der OSZE-Mission und des EMI veröffentlicht. Außerdem beschäftigt sich das unlängst erschienene ZEI Discussion Paper (C 38) mit der geschilderten Problematik.

Peter Wittschorek ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung „Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“.

Romain Kirt

Romain Kirt ist Regierungsberater in Luxemburg und hielt sich bis Ende Mai 1999 als Senior Fellow am ZEI auf



Romain Kirt, Regierungsberater in Luxemburg

ZEI: Herr Kirt, kurz vor der Zäsur des Regierungsumzugs hat Deutschland die Ratspräsidentschaft inne. Wie hat sich die neue Bundesregierung bislang in dieser Rolle bewährt? Hat sie die durch den Rücktritt der EU-Kommission entstandene Krise gemeistert?

Kirt: Primäre Aufgabe eines Landes, das den Ratsvorsitz hat, ist es, eine Mittlerrolle zu spielen. Diese Aufgabe hat die neue Regierung bislang sehr gut gemacht. Deutschland hat in der Endphase der Verhandlungen über die Agenda 2000 seine nationalen Interessen eindeutig hinter die übergeordneten europäischen Interessen gestellt. Allerdings decken sich diese „übergeordneten“ Interessen mit den nationalen Interessen Deutschlands – denn kein EU-Staat wird so sehr von der Osterweiterung profitieren wie eben Deutschland.

Der Rücktritt der EU-Kommission hätte jede Ratspräsidentschaft vor große Probleme gestellt. Die Bundesregierung hat die Krise meines Erachtens bravourös gemeistert, indem sie eine größere Personaldebatte um die Santer-Nachfolge vermieden hat. Für mich ging die Bestellung des neuen Präsidenten allerdings „etwas zu glatt über die Bühne“.

ZEI: Wird sich durch den Rücktritt Santer und der Kommission etwas an der Position der kleinen Staaten in der EU ändern?

Kirt: Herr Santer und die Kommission sind zurückgetreten, weil die Verträge keine andere Option zulassen. Ein einzelner Kommissar kann nicht durch ein Mißtrauensvotum zum Rücktritt gezwungen werden. Was bislang publizistisch aus dem Rücktritt der Santer-Kommission gemacht wurde, hinterläßt natürlich seine Spuren. Es wird aber gewiß keine Auswirkungen auf die Position der kleinen EU-Staaten haben. Auch ein Kommissionspräsident aus einem großen Land hätte angesichts dieser Rechtslage mit seiner Kommission zurücktreten müssen.

ZEI: Wie sehen die kleineren Staaten der EU ihr wirtschaftliches Überleben im Zeitalter der Globalisierung?

Kirt: Die kleinen EU-Staaten wissen um die Gefahren der Globalisierung. Als Mitglieder der EU und der Währungsunion sind sie aber Mitglieder eines „Global Players“. Die Eigenschaft, ein kleiner Staat zu sein, hat ganz entschieden Vorteile. Man ist flexibler und schneller bereit, zu handeln. Für Luxemburg liegt die größte Herausforderung in der Notwendigkeit, die Ressource ‚Humanpotential‘, das ist der einzige „Rohstoff“, über den Luxemburg verfügt, auf die Globalisierung vorzubereiten.

ZEI: Wie sieht man in Luxemburg die Perception Ihres Landes als Steuerparadies. Fürchten Sie das damit verbundene Imageproblem?

Kirt: Luxemburg wehrt sich gegen das Image der „Gnome von Luxemburg“. Der Wohlstand kommt doch sicher nicht nur von der Verwaltung von Finanzaktiva. Es gibt in Luxemburg schließlich noch andere Wirtschaftszweige als die Banken. Im Gegensatz zu einigen Nachbarländern hat Luxemburg auf strukturelle Herausforderungen frühzeitig und flexibel reagiert. Luxemburg hatte z.B. in den 70er Jahren noch ca. ein Drittel seiner Arbeitskräfte in der Stahlindustrie beschäftigt. Heute arbeiten nur noch ca. 7000 Leute in diesem Bereich. Wäre Luxemburg nicht konsequent auf den tertiären Sektor umgestiegen, dann würde es heute aussehen wie das Saarland, Lothringen oder die alten belgischen Stahlreviere.

ZEI: Wie sieht man in Luxemburg die Perception Ihres Landes als Steuerparadies. Fürchten Sie das damit verbundene Imageproblem?

Kirt: Luxemburg wehrt sich gegen das Image der „Gnome von Luxemburg“. Der Wohlstand kommt doch sicher nicht nur von der Verwaltung von Finanzaktiva. Es gibt in Luxemburg schließlich noch andere Wirtschaftszweige als die Banken. Im Gegensatz zu einigen Nachbarländern hat Luxemburg auf strukturelle Herausforderungen frühzeitig und flexibel reagiert. Luxemburg hatte z.B. in den 70er Jahren noch ca. ein Drittel seiner Arbeitskräfte in der Stahlindustrie beschäftigt. Heute arbeiten nur noch ca. 7000 Leute in diesem Bereich. Wäre Luxemburg nicht konsequent auf den tertiären Sektor umgestiegen, dann würde es heute aussehen wie das Saarland, Lothringen oder die alten belgischen Stahlreviere.

ZEF-FENSTER ZEF-FENSTER

AUS DER ARBEIT DES ZENTRUMS FÜR ENTWICKLUNGSFORSCHUNG (ZEF)

Professor Andreas Wimmer, Direktor des Schweizerischen Forums für Migrationsstudien an der Universität Neuchâtel, wird ab 1. Oktober 1999 die Leitung der Abteilung „Politischer und kultureller Wandel“ am ZEF übernehmen. Schwerpunkte seiner Forschungs- und Lehrtätigkeit sind die Immigrationspolitiken westlicher Industrieländer, ethnische Konflikte im Norden und Süden, Nationalismus und Nationalstaatenbildung sowie Theorien des sozialen und politischen Wandels.

Professor Holm Tiessen, Gastwissenschaftler der Abteilung Ökologie und Ressourcenmanagement am ZEF, wurde im März in Anerkennung seiner Arbeit über Nährstoffkreisläufe in tropischen Böden der renommierte Humboldt-Preis verliehen. Tiessen, der derzeit einen Lehrstuhl an der Universität Saskatchewan innehat, betreibt ein intensives Forschungsprogramm in Lateinamerika, um in Zusammenarbeit mit zahlreichen nationalen Partnern Möglichkeiten zum Schutz der organischen Substanz im Boden zu entwickeln. Tiessen wird den Preis ver-

wenden, um in den kommenden Jahren für jeweils mehrere Monate am ZEF zu arbeiten.

Aralsee-Dilemma: In Zusammenarbeit mit Dr. Moustafaev von der UNESCO, einem langjährigen Partner des BMBF in der Aralsee-Region, werden Professor Paul Vlek und Dr. Nick van de Giesen vom ZEF eine Durchführbarkeitsstudie in der Region Khiva-Nukus-Menyak in Usbekistan durchführen. Ziel ist es, die Möglichkeiten eines landwirtschaftlichen Projekts zur Wasserbewirtschaftung in der Aralsee-Region zu bewerten.

Das Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) arbeitet mit dem ZEI im Rahmen des Internationalen Wissenschaftsforum Bonn (IWB) zusammen. Als eine international ausgerichtete, interdisziplinär arbeitende Forschungseinrichtung will das ZEF einen Beitrag zur Lösung der globalen Entwicklungsprobleme leisten. (Weitere Informationen finden Sie im Internet unter: <http://www.zef.de>)

Ministerpräsident Clement zu Gast am ZEI

Am 29. April 1999 stellte der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen eines ZEI Europaforums die Vorstellungen seiner Landesregierung zur Europäischen Integration vor. In der sich anschließenden lebhaften Diskussion plädierte Clement für eine grenzüberschreitende Stärkung von Wirtschaftsräumen. Im Falle Nordrhein-Westfalens sei die wirtschaftliche und kulturelle Verflechtung mit den Beneluxstaaten wesentlich größer als beispielsweise mit Bayern oder Sachsen.



Wolfgang Clement am ZEI
Foto: Press Service Int.

Der Vortrag wird als ZEI Discussion Paper veröffentlicht werden.

Bankenregulierung in Osteuropa

von Christian E. Weller

Während sich die internationale Finanzkrise, die 1997 in Südostasien begann, im Jahre 1998 bis nach Russland und Brasilien ausweitete, blieben die Bankensysteme Osteuropas von dieser globalen Ausbreitung der Krise weitgehend verschont. Dies ist umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, daß die Bankensysteme in Osteuropa innerhalb der letzten Jahre von vielfältigen Problemen heimgesucht worden sind. Der Anteil fauler Kredite an den Bankaktiva befindet sich noch immer auf zweistelliger Höhe, die Bankenaufsicht steckt noch in den Kinderschuhen, und gleichzeitig sind Kapitalkontrollen, die den Fluß von internationalen Geldern in die und aus den osteuropäischen Ländern regulieren sollten, weitgehend abgeschafft worden.

Die wirtschaftliche Entwicklung in neun osteuropäischen Ländern (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Slovenien, Kroatien) wirft ein Licht auf die derzeitige Stabilität der Bankensysteme in den Übergangs-Volkswirtschaften. In diesen Ländern sind keine größeren Bankenprobleme aufgetaucht, da die dortigen Banken sich nicht an spekulativen Finanzierungen beteiligt haben. Im Gegenteil, während das produzierende Gewerbe generell wächst, halten sich die Banken mit der Kreditvergabe eher bedeckt. Wenn man bedenkt, daß die stabilsten Banken diejenigen sind, die keine Kredite vergeben, so ist die Abnahme des kreditfinanzierten Anteils des Sozialprodukts ein guter Indikator für die zunehmende Stabilität der osteuropäischen Bankensysteme. Andere Spekulationsformen, die oft mit Finanzkrisen in industrialisierten Ländern in Verbindung gebracht werden, sind Aktienmarkt- und Immobilienmarktspekulationen. Da aber sowohl die osteuropäischen Aktienmärkte als auch die Immobilienmärkte noch in einer Frühphase ihrer Entwicklung stecken, spie-

len sie gesamtwirtschaftlich gesehen eine eher untergeordnete Rolle. Selbst dort, wo Spekulation bemerkbar ist, wie z.B. nach der Börseneinführung von Bank Slaski in Polen, sind die realen Auswirkungen minimal.

Bis jetzt waren die Bankensysteme in Osteuropa scheinbar stabiler als die Bankensysteme anderer industrialisierter Länder. Einige Entwicklungen der vergangenen Monate und Jahre deuten jedoch auf eine möglicherweise ansteigende Instabilität hin. Zum Beispiel befinden sich die Aktien- und Immobilienmärkte in einem Prozeß der ständigen Weiterentwicklung und könnten schon bald dieselbe gesamtwirtschaftliche Bedeutung wie in anderen industrialisierten Ländern einnehmen. Damit steigt zumindest die Möglichkeit für spekulative Investitionen. Gleichzeitig haben alle neun vorher genannten Länder ihre Kapitalkontrollen in den letzten Jahren abgebaut, so daß die Mobilität von internationalen Kapitalflüssen in die und aus den Übergangs-Volkswirtschaften erheblich erhöht worden ist. Die Krise in Korea, wo kurzfristige internationale Kredite zur Finanzierung sowohl von russischen und brasilianischen Staatsanleihen als auch von Immobilienspekulationen benutzt wurden, zeigt wie destabilisierend die Kombination aus gut entwickelten Vermögensmärkten und internationaler Kapitalmobilität sein kann.

Daß die Wahrscheinlichkeit von Bankenkrisen in Osteuropa tendentiell höher wird, heißt jedoch nicht, daß Osteuropa in naher Zukunft zu einem zweiten Südostasien werden muß. Man sollte allerdings berücksichtigen, daß die derzeitige Stabilität der Bankensysteme in Osteuropa vornehmlich auf einer einmaligen wirtschaftlichen und institutionellen Konstellation beruht, die für Volkswirtschaften in einer frühen Übergangsphase kennzeichnend ist. Die Ent-

ZEI-KALENDER ZEI-KALENDER

JUNI 1999

8. ZEI-Europaforum (16.30 - 18.00 Uhr) im Festsaal der Universität: Vortrag von Kiro Gligorov, Staatspräsident Mazedonien: „The Commitment of the Republic of Macedonia towards Membership in the EU and NATO“.
15. ZEI-Europadialog (12.30 Uhr): Dr. Ljerka Mintas Hodak, Stellv. Premierminister und Minister für europäische Integration, Kroatien: „Activities of the Croatian Government in the Process of European Integration“.
22. ZEI-Europadialog (12.30 Uhr): Bernhard Zepter, EU-Kommission: „Zum Abschluß der deutschen EU-Präsidentschaft: Bilanz und Perspektiven“.
29. ZEI-Europadialog (12.30 Uhr): Prof. Dr. Robert M. Orr, Vizepräsident und Direktor für Regierungsbeziehungen, NIPPON MOTOROLA, Japan: „Transatlantic Trade Relations: What Europe can learn from American-Japanese Trade Conflicts“ (in Zusammenarbeit mit der DGAP).

JULI 1999

6. ZEI-Europadialog (12.30 Uhr): Dr. Mustafa Nail Alkan, Stellv. Direktor am European Community Research Center in Ankara: „Die Modernisierung der Türkei und die Herausforderungen für die europäische Politik“.
13. ZEI-Europadialog (12.30 Uhr): Dr. Gudmundur Heidar Frimannsson, Universität Akureyri, Island: „Civic Education in Europe: Some General Principles“.

Sofern nicht anders angegeben, finden alle Veranstaltungen im ZEI in Bonn statt. Weitere Informationen: www.zei.de

scheidungsträger in Osteuropa sollten sich daher möglichst bald auf den Aufbau einer angemessenen Bankenaufsicht, die Schaffung klarer Rechtsverhältnisse, und eine systematische Förderung der Markttransparenz konzentrieren, um zukünftigen Problemen im Bankensektor wirksam vorzubeugen.

Dr. Christian Weller ist Senior Fellow am ZEI, Abteilung „Wirtschaftliche u. soziale Fragen“.

Die Zukunft der euroatlantischen Beziehungen

von Susanne Baier-Allen

Die Einführung des Euro und die NATO-Osterweiterung eröffnen ein neues Kapitel in den euroatlantischen Beziehungen. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion versetzt Europa in die Lage, die amerikanische Vorherrschaft im internationalen Wirtschaftssystem herauszufordern. Darüber hinaus sucht Europa außen- und sicherheitspolitisch eine bedeutendere Rolle in der Welt zu spielen. Allerdings muß die EU ihre Handlungsfähigkeit in diesen Bereichen erst noch beweisen.

Der NATO-Beitritt der drei postkommunistischen Staaten, Polen, Tschechische Republik und Ungarn, markiert das Ende einer „NATO des Kalten Krieges“. Die mit dem fünfzigjährigen Bestehen der NATO zusammenfallende Westbindung der drei mitteleuropäischen Staaten stellt einen guten Ausgangspunkt einer neuen NATO mit einem neuen strategischen Konzept dar, welches die Veränderungen und Chancen, die sich aus der postkonfrontativen Struktur ergeben haben, mit einbezieht.

AMERIKA ALS VORBILD FÜR EUROPA?

Vor diesem Hintergrund veranstaltete das ZEI im März 1999 eine Konferenz über „Die Zukunft der euroatlantischen Beziehungen“, zu der hochrangige Politik- und Wirtschaftsexperten, Diplomaten und Wissenschaftler aus den USA und Europa zusammenkamen, um über die außen- und sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aspekte der euroatlantischen Beziehungen sowie über Kooperationspotentiale zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu diskutieren.

Die Teilnehmer waren sich einig, daß Europa - sollte es seine Finanzkraft in eine starke außenpolitische Rolle ummünzen können - neben den USA eine führende außenpolitische Rolle in der Welt übernehmen könnte. Dies würde allerdings den Verzicht der USA auf ihre außenpolitische Führungsrolle und internationale Alleingänge und die Akzeptanz Europas als gleichberechtigten Partner voraussetzen.

Karsten D. Voigt, Koordinator der deutsch-amerikanischen Beziehungen im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, warf die Frage auf, ob Amerika noch Vorbild für Europa sei. Er führte aus, daß es zwar in Europa insbesondere im kulturellen Bereich immer eine starke Tendenz zur Amerikanisierung gegeben habe, Staaten jedoch grundsätzlich nicht nur dem Bei-

spiel eines Staates folgen sollten. Außerdem könne man nicht einfach die Vorstellungen eines anderen Landes kopieren, da jedem Land ein bestimmtes Wertesystem zugrunde liege. Er betonte, daß beide Seiten voneinander lernen und sich gegenseitig befruchten sollten.



Karsten Voigt, Koordinator der deutsch-amerikanischen Beziehungen im Auswärtigen Amt Foto: ZEI

Die umgekehrte Frage wurde von der Journalistin Elizabeth Pond aufgeworfen. Sie wies darauf hin, daß die USA in zweierlei Hinsicht von Europa lernen könnten: Erstens, in Bezug auf die Konsenspolitik und zweitens, hinsichtlich des Einsatzes von „weichen Machtmitteln“ wie etwa dem der „friedlichen Überzeugung“ als Gegengewicht zur Androhung militärischer Gewalt.

Der tschechische Botschafter bei der NATO und der WEU, Karel Kovanda, unterstrich als Vertreter eines neuen NATO-Mitgliedslandes die Bedeutung des europäischen Ansatzes. Er machte nicht nur die Wichtigkeit der Zugehörigkeit zu Allianzen wie der NATO deutlich, sondern verwies auch auf die Wichtigkeit der Einbindung von Nichtmitgliedern, insbesondere Rußlands, das die Allianz auch noch in den nächsten 15 bis 50 Jahren vor ernste Herausforderungen stellen wird. Diese Ansicht wurde auch von Botschafter Robert D. Blackwill, Professor für Internationale Sicherheit an der Harvard Universität, geteilt. Er wies darauf hin, daß die weitgehende Interessenkongruenz hinsichtlich des europäischen Kontinents für eine erfolgreiche transatlantische

Kooperation in Europa verantwortlich sei. Bezüglich der Herausforderungen und Sicherheitsrisiken in anderen Weltregionen bedarf es jedoch gemeinsamer Anstrengungen der Bündnispartner, um ein ähnlich gut funktionierendes Modell der Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten und im asiatisch-pazifischen Raum zu errichten, das auf „Transparenz, Offenheit und gegenseitigem Respekt“ basiert.

Im abschließenden Panel wurden Fragen der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen thematisiert. Brendan Devlin (Handelsabteilung der Europäischen Kommission) wies darauf hin, daß die euroatlantischen Beziehungen angesichts der Komplexität der Streitpunkte in Wirtschafts- und Handelsfragen außergewöhnlich gut funktionieren würden. Brian Coleman (Wall Street Journal) referierte über den Euro aus amerikanischer Perspektive. Mit der Einführung des Euro sei ein neues Wirtschaftszeitalter angebrochen, das innovativer Anstrengungen auf beiden Seiten des Atlantik bedarf, um den Euro im globalen Wirtschaftssystem zu verankern. Auf ähnliche Weise äußerte sich Jens van Scherpenberg (Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen). Er machte deutlich, daß es in einem von zwei Wirtschaftssupermächten geprägten System nun einer neuen Form der geteilten Souveränität innerhalb eines multilateralen Rahmens bedarf, wobei den euroatlantischen Partnern USA und EU die Führungsrolle zukomme.

Die Beiträge der Konferenz werden als Sammelband in der Schriftenreihe des Zentrum für Europäische Integrationsforschung erscheinen.

Susanne Baier-Allen ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZEI, Abteilung „Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“.

IMPRESSUM

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Walter-Flex-Str. 3
D - 53113 Bonn

ISSN: 1437-1545

Verantwortlich: Monika Reule
Tel: 0228/73-1811/-1846
Fax: 0228/73-5097
E-Mail: m.reule@uni-bonn.de
Internet: <http://www.zei.de>

Der ZEIreport erscheint dreimal jährlich in englischer und deutscher Sprache. Er kann kostenlos unter der oben genannten Adresse angefordert werden.